

Sonntag, den 29. September 1935

Nr. 267

Jahrgang 13

Oplata pocztowa uiszczona ryczałtem.

Einzelnummer 25 Groschen

# Lodzer Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille  
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:  
**Lodz, Petrikauer Straße 109**  
Telephon 136-90 — Postcheck-Konto 63-508  
Siedl. Plebiscytowa 35; Bielitz, Republikstraße 4

**Volksstimme**  
Bielitz-Biala u. Umgebung

## Italien treibt zum Kriege

Doppelspiel des italienischen Ministerrats: Krieg mit Abessinien und Versöhnung Englands

Rom, 28. September. Heute vormittag stand eine Sitzung des Ministerrats statt, in welcher Mussolini über die Entwicklung des Konflikts mit Abessinien berichtete. In einem über diese Ministerratssitzung ausgegebenen Bericht wendet sich die italienische Regierung zunächst gegen die Vorschläge des Ämterausschusses des Völkerbundes, die dem Expansionsbedürfnis und der Sicherheit Italiens nicht Rechnung tragen und den bisherigen Verträgen mit Abessinien, die den Interessen Italiens in Abessinien das Vorrecht einräumten, zuwidersetzen. Die italienische Regierung werde, so heißt es in dem Bericht, ihre Initiative in bezug auf Abessinien niemals auf einem Terrain und in einer Umgebung festlegen, die die Interessen Italiens benachteiligen. Die italienische Regierung stellt hierbei die Behauptung auf, daß Abessinien seine Kriegsvorbereitungen sichtbar fortsetze und bezeichnet den Beschuß des Kaisers von Abessinien, seitdem Truppen 30 Kilometer von der Grenze zurückzuziehen, als ein strategisches Manöver, das nicht ernst genommen werden könne und nur zu dem Zweck geschehe, um für den Kriegsfall bessere Positionen einzunehmen. Diese ihre Behauptungen nimmt die italienische Regierung sodann zum Anlaß, die Beschleunigung der Transporttruppen nach Ostafrika zu rechtfertigen.

Der italienische Ministerrat beschloß sodann eine Aktionslinie für ihre nächsten Maßnahmen.

Darin wird erklärt, daß Italien im Völkerbund bis zu einem Zeitpunkt verbleiben werde, da der Völkerbund die volle Verantwortung übernehmen werde für die Mittel, die Italien treffen sollen. Sodann wird festgestellt, daß Italien bei seinem Vorgehen in Abessinien nicht die Absicht habe, die englischen Interessen in Abessinien zu schädigen. Das englische Volk müßte, so heißt es in der Erklärung der italienischen Regierung, trotz aller antisemitischen Propagandas wissen, daß die italienische Regierung Großbritannien ihre Neutralität erklärt hat, ein Abkommen zu treffen, daß die englischen Interessen in Abessinien sichern würde.

Zum Schluß beschloß noch die italienische Regierung, den Truppen in Somalia und Erythräa Grüße und Wünsche zu überenden.

Rom, 28. September. Die heutigen Beschlüsse des Ministerrats werden in hiesigen Pressekreisen wie folgt gesteigert.

Kommentiert: 1. Der Bericht des Ministerrats ist entschieden aggressiv gegenüber Abessinien; 2. Der Bericht des Ministerrats wird als Ankündigung des kurz bevorstehenden Beginns der Kriegshandlungen in Abessinien angesehen. Doch sollte der Kriegsbeginn die Bereitschaft Italiens zu Verhandlungen mit Großbritannien nicht beeinträchtigen. 3. Italien habe es nicht eilig mit dem Verlassen des Völkerbundes und wünsche darin zu verbleiben, es sei denn, daß der Völkerbund gegenüber Italien Sanktionen beschließen sollte. 4. Das Kommuniqué der italienischen Regierung ist vor allem auf das Ausland, insbesondere auf die britische Öffentlichkeit gerichtet.

### Ein neues Interview des Duce.

Paris, 28. September. Das "Petit Journal" veröffentlicht neue Erklärungen, die Mussolini seinem Sonderberichterstattner gegeben hat. Der Duce führte zunächst die häufig bekannte Gründe zur Rechtfertigung der Haltung Italiens im abessinischen Streitfall an und betrieß sich dabei aufs Beispiel der anderen Großmächte, die auf kolonialem Gebiet die Überlegenheit und das Vorrecht der weißen Rasse vertreten hätten.

Mussolini erklärte sodann, daß er 1925 mit dem englischen Botschafter Sir Ronald Graham einen Abmachungskontakt habe, der Abessinien praktisch gegeben, zertifizierte. Auf die Frage des Berichterstattlers, ob während des Besuches Laval in Rom von der Auseinandersetzung Abessiniens die Rede gewesen sei, habe Mussolini geantwortet: "Natürlich nicht, den Laval hätte mit ihm nichts zu besprechen gehabt, da ja die Frage mit England bereits geregelt sei."

Bei der Erörterung der kolonialen Auseinandersetzungen habe Laval die wirtschaftlichen Rechte Frankreichs in Abessinien in der Eisenbahnzone aufrechterhalten. Bezuglich der Möglichkeit neuer Dreierverhandlungen bewarzte Mussolini zum Schluß, im Grunde genommen wäre es am besten, wenn England Italien frei Hand sieße, wie es dies auch gegenüber den anderen getan habe. Die Stimmung in Italien sei unbesiegbar. Das Volk habe die Lage begriffen. Die Angriffe vom Auslande hätten den Stolz des italienischen Volkes nur noch gesteigert.

## Vertagungen in Genf.

Einberufung der Völkerbunderversammlung und des Rats nach Bedarf

Genf, 28. September. Die Völkerbundversammlung hat Sonnabend vormittag ihre programmatischen Arbeiten abgeschlossen und sich bis auf weiteres vertagt, um im Falle einer Verschärfung des italienisch-abessinischen Konflikts zu jeder Zeit ohne weitere Formalitäten wieder zusammenzutreffen zu können. Der Vertagungsbeschuß wurde ohne Aussprache gefasst.

Dergleichen hat der Völkerbundrat am Sonnabend seine laufenden Arbeiten abgeschlossen und sich, wie die Versammlung, lediglich vertagt.

Präsident Benesch schloß sodann die Sitzung mit einer Ansprache, in der er die Arbeiten der diesjährigen Versammlung würdigte. Er erwähnte dabei auch die Ausrüstungsfrage und erklärte, die Tatsache, daß in diesem Jahr keine Aussprache über die Ausrüstung stattgefunden habe, bediente keinen Verzicht auf die Hoffnung, daß trotz der Schwierigkeiten des Augenblicks die Konferenz ihre Arbeiten wieder aufnehmen wird und unter der hingebenden Leitung ihres Präsidenten Hendericks zum gute Ende führen wird.

Zu dem italienisch-abessinischen Konflikt erklärte Benesch, niemals seien in Genf so klare und greifbare Erklärungen über die Aufgaben des Völkerbundes und über die reelle Anwendung des Völkerbundspaktes von den

Vertretern der Großmächte gesprochen worden, wie das diesmal der Fall gewesen sei.

Der Staatspräsident sprach sodann davon, daß trotzdem in dem Konflikt, den der Rat noch nicht habe regeln können, ernste Ereignisse eintreten könnten. Die Versammlung gehe aber in der Hoffnung auseinander, daß der Weg der Versöhnung noch nicht verschlossen sei und daß die friedliche Regelung immer noch eintreten könnte. Er schloß mit dem Wunsch, daß die internationalen Ereignisse sich so entwickeln würden, daß die Versammlung entgegen ihrem heute gefassten Entschluß nicht in die Notwendigkeit versetzt werde, neue Sitzungen abzuhalten.

### Italien soll sich äußern

Die Arbeiten des 13ner Ausschusses.

Genf, 28. September. Der 13ner Ausschuß des Völkerbundrates hat Sonnabend vormittag eine Sitzung abgehalten. Es wurde beschlossen, daß lezte Telegramm des Kaisers von Abessinien der italienischen Regierung zu übermitteln. Die italienische Regierung soll sich zu dem Vorschlag der Entsendung neutraler Beobachter und zu der Erklärung, daß ein italienischer Angriff auf Abessinien unmöglich sei, äußern.

## Der Lohn für die Krieger.

Zur Ernennung der zwei deutschbürgerlichen Senatoren.

Bekanntlich hat der Herr Staatspräsident 32 Senatoren zu den 64 gewählten ernannt. Unter den 32 Ernanneten befinden sich, wie wir ebenfalls bereits gemeldet haben, zwei Deutsche: der ehemalige Senator Hassbach und der "Landesführer" der Jungdeutschen Partei, Ing. Wiesner.

Wir alle kennen diese "Wahlen". Wir wissen, daß es nicht um Volksvertretung, sondern um Festigung des Besitzstandes einer Partei, der Partei der "Parteilosen" ging. Danach wurde die neue Verfassung geschaffen, danach wurde auch das neue Wahlgesetz geschaffen. Die Opposition ist ausgeschaltet worden, ebenso die nationalen Minderheiten, abgesehen von lokalen Landesteilen, wo sie wie z. B. in der Ukraine eine kompakte Majorität bilden. Wer auch hier hätten es die "gut vorbereitet" Wahlen fertiggebracht, keinen einzigen Minderheitenvertreter wählen zu lassen. Das Parlament eines Staates, dessen Bürger zu 30 Prozent verschiedenen nationalen Minderheiten angehören, ein solches Parlament ohne Minderheitenvertreter, das hätte nicht gut ausgesehen. Deshalb werden diese "Volksvertretung", die nur ein paar 30 Prozent des Volkes hinter sich hat, auch einige Ukrainer, Weißrussen, Juden ziehen, denen jetzt gnadenmäßig noch zwei Deutsche beigegeben werden, die man beinahe vergessen hatte.

Wir wissen ja alle, daß es trotz des für die deutsche "Heldenseele" so erniedrigenden Feilschen zu keinem Wahlmandat für die Deutschbürgerlichen gelangt hat. Wir deutzen Sozialisten haben gemäß unserer politischen Einstellung einer solchen Wahlmaße gegenüber protestiert und diesem Protest durch Wahlhaltung Ausdruck gegeben. Für uns war es von vornherein klar, daß eine Wahlbeteiligung für uns gar nicht in Frage kommt.

Ein Musterbeispiel von Rückgratverkrümmlung haben aber die Deutschbürgerlichen geliefert. Als jede Hoffnung auf Durchbringung eines eigenen Kandidaten vorbei war, taten sie etwas verärgert und liegen durch den so gen. Rat der Deutschen erklären, daß sie es den Bürgern selbst überlassen, ob sie unter solchen Umständen noch wählen könnten oder nicht. Das hat man ihnen höheren Ortes übergeben und ihnen die Ohren gewaschen. Und gleich darauf schlugen die Treudeutschen einen anderen Ton an und erklärten, daß sie sich anders überlegt hätten und sich aus verschiedenen Gründen veranlaßt fühlten, doch zur Teilnahme an der Wahl aufzutreten. Und sogar den Sanacjapolen ist es aufgefallen, daß eine gewisse Sorte der Treudeutschen für die sanacjapolnischen Kandidaten mehr Stellmeile gemacht haben als die Polen selber. Na, sie haben sich bewährt, diese Treudeutschen, die heute so und morgen so sagen können. Sie haben sich beinahe zu gut bewährt und der Sanacija ist diese 15-prozentige Amboderung der Deutschbürgerlichen schon etwas peinlich geworden, umso mehr, da diese treideutschen Männer aus den Vorstudien der maßgebenden Faktoren nicht herausgekommen waren, wo sie weiter um eine Vertretung feilschten und bettelten.

Nun hat man sie ihnen gegeben, diese Vertretung. Wichtigermassen hat man sich zwei feindselige Brüder aus der deutschbürgerlichen Familie ausgewählt. Einen "Systemmann" und einen "Parteimann", die sich täglich ganz logisch angefeindern. Die Lodzer "Freie Presse" ist mit ihrem August Ulla etwas verschupft darüber, daß man "trotzdem" den Jungdeutschen Wiesner, den sie für nicht ganz sturenken hielt, ihrem Schutzenpatron August Ulla vorgezogen hat. In ihrer dämlichen Art schrieb sie ganz einfach nur: "Hassbach zum Senator ernannt". Und erst tags darauf stellte man fest, daß eigentlich zwei deutsche Senatoren ernannt wurden, weil man diese für gewisse Leute etwas beschämende Tatsache nicht gut verschweigen konnte.

Der "Politiker" der "Fr. Pr." hat dabei allerlei Entdeckungen gemacht. "Die Tatsache, daß 2 deutsche Senatoren ernannt worden sind, bedeutet weiterhin eine klare Durchstreicherung der 'Theorien' des Danielspits-Bundes". Hier hat er einen untergeizlichen Tippjehler gemacht. Denn in Wirklichkeit ist die Ernennung zweier deutscher Sena-



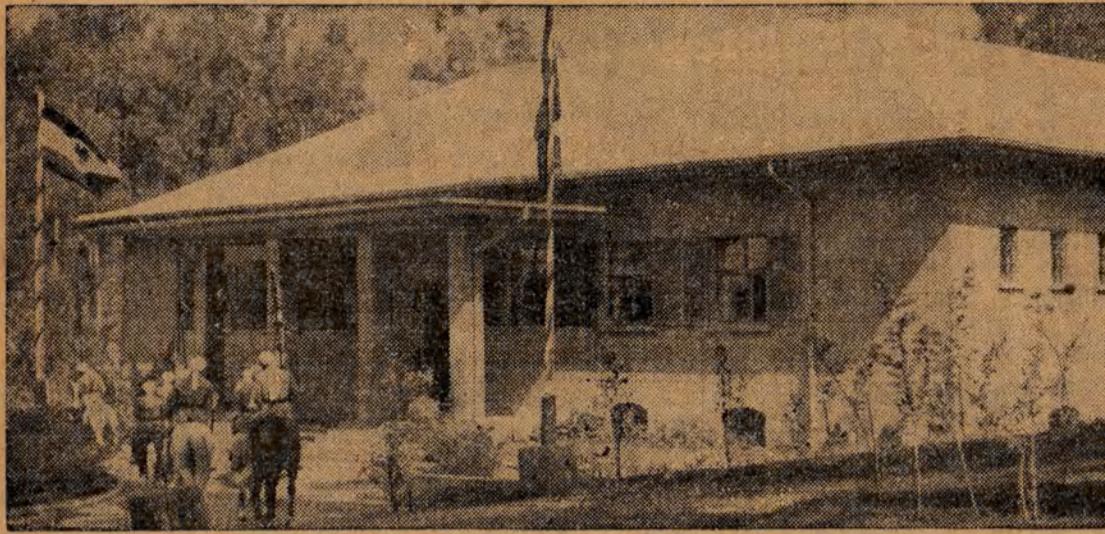




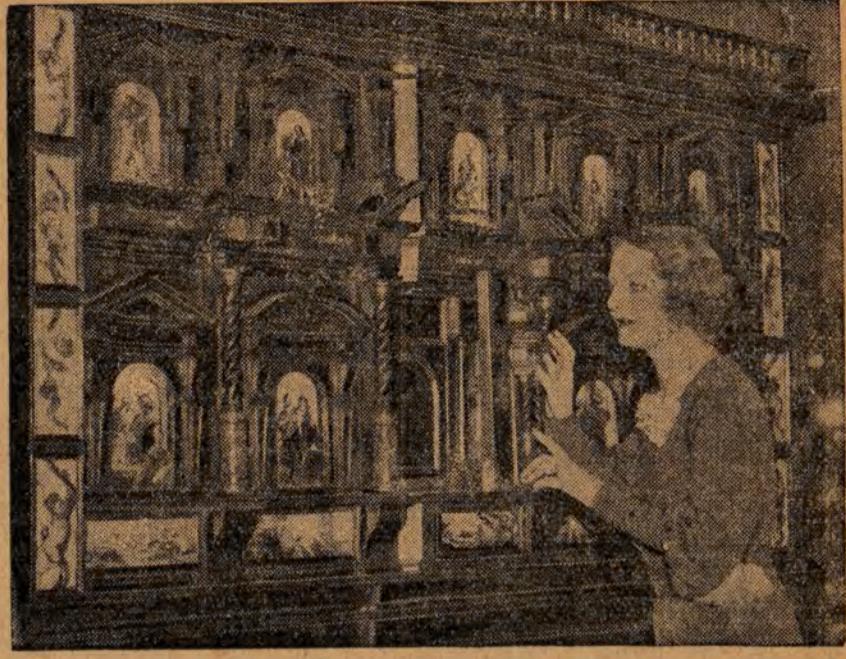








**Sicher ist sicher.** Die ausländischen Gesandtschaften in Lublin verlegen ihre Sitz außerhalb der Hauptstadt. Auf dem Bild: das Gebäude der deutschen Gesandtschaft, das sich ungefähr 5 Kilometer von Lublin befindet. (Rechts): Der wegen der Giornordassare bekanntgewordene Schrank der Lucrezia Borgia ist in London zur Versteigerung ausgestellt.



**Dr. H. Różaner**  
Spezialarzt für venerealische, Hant- u. Harnleiden  
zurückschafft  
**Narutowicza 9** Front 2. Stock Tel. 128-98  
Empfängt von 9-1 und von 5-9 Uhr abends

**Dr. med. S. Kryńska**  
Spezialist für  
Hant- u. venerealische Krankheiten  
Frauen und Kinder  
Empfängt von 11-1 und 3-4 nachm.  
**Gentiewicza 34** Tel. 146-10

**Dr. S. KANTOR**  
Spezialarzt für Haut-, Haar- u. Geschlechtskrankheiten  
**Betrizauer 90**  
Krankenempfang täglich von 8-2 u. von 5-8.30 Uhr  
Telephon 129-45  
Für Damen besonderes Wartezimmer

**Dr. med. Albert Mazur**  
Spezialarzt für Hals-, Nasen- u. Ohrenleiden  
**Pilsudskiego 65**  
zurückgekehrt

**Dr. med. DOROTA LEWY**  
zurückschafft  
Lundgenleiden, Durchleuchtung am Blaue  
**Narutowicza 30** Tel. 214-75  
Empfängt von 5-7 Uhr

**Dr. med. Heller**  
Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten  
**Strangutia 8** Tel. 179-89  
Empf. 8-11 Uhr früh u. 4-8 abends. Sonntag u. 11-2  
Besonderes Wartezimmer für Damen  
Für Unmittelbare — Helleinthalte-Pastille

**Dr. Klinger**  
Spezialist für sexuelle Krankheiten,  
venerealische, Hant- und Haar-Krankheiten  
zurückschafft  
**Andrzejza 2** Tel. 132-28  
Empfängt von 9-11 früh und von 6-8 Uhr abends

**Theater- u. Kinoprogrammen.**  
Städtisches Theater: Heute: 4 Uhr Die Kirchenmaus, 8.30 Uhr To wieczej niż miłość  
**Capitel:** "Wonderbar"  
**Casino:** Das kleine Mütterchen  
**Corse:** I. Der Dieb der Herzen, II. Die Rache des Herrn X.  
**Europa:** Die Kreuzfahrt  
**Grand-Kino:** "Zweimal Johanna"  
**Metro u. Adria:** Zuzu  
**Miraz:** Ich bin ein Flüchtlings  
**Palace:** Das haben die Männer gerne  
**Przedwiośnie:** Ich will nicht wissen wer Du bist  
**Rakietka:** Die Rückkehr Frankenstein

**Dr. med.**  
**M. Rundsztajn**  
Frauenkrankheiten und Geburtshilfe  
**Pomorska 7** Tel. 127-84  
Empfängt von 4-8 Uhr

**Dr. med. Z. DATYNER**  
Urolog  
heilt Nieren-, Blasen- u. Harnleiden  
**Zachodnia 59a** Tel. 148-95  
Empfängt von 9-11 und 6-8

**Zahn-Klinik**  
existiert vom Jahre 1900  
**Zahnarzt H. PRUSS**  
**Piotrkowska 142** Tel. 178-06  
Pessie bedeutend ermäßigt

**Dr. med.**  
**Wiktor Miller**  
innere Krankheiten (Spec. für rheumatische Leiden)  
zurückschafft  
**Sienkiewicza 40** Tel. 146-11  
Empfängt von 4.30 bis 7  
Kabinett der physikalischen Therapie

**Dr. med. Wołkowyski**  
wohnt jetzt  
**Gęgielnica 11** Tel. 238-02  
Spezialarzt für Hant-Harn- u. Geschlechtskrankheiten  
empfängt von 8-12 und 4-9 Uhr abends  
an Sonn- und Feiertagen von 9-1 Uhr

**Modejournal**  
für die Herbst- und Winter-Saison  
findt in reicher Auswahl zu haben im  
Zeitung- u. Anzeigenbüro "Promien"  
**Łódź, Andrzejza 2**, Telephon 112-98

**Dr. med.**  
**ADOLF ROJTER**  
Haut-, Haar- und venerealische Krankheiten  
**Narutowicza 24** Tel. 262-61  
Empfängt von 8 bis 18 und von 15 bis 20 Uhr

**Das Büchlein**  
**Zierliche**  
sowie das Büchlein  
**Das Aquarium**  
zum Preise von 90 Groschen  
erhältlich in der "Völspresse"  
Betrizauer 109, von 10-1 und 8-7

**Fräulein**  
schöne Erscheinung, für ein  
Damen-Schneider-Atelier  
als  
**Anprobedame**  
gesucht. Gurt, Petrikauer  
Straße 107

Gesucht werden sofort  
**Strickerinnen**  
und eine **Reparaturerin**.  
Strickerei, Narutowicza 57

**Zwei große**  
**fabrikgebäude**  
mit 1 stöckigem Wohnhaus  
billig zu verkaufen. Off.  
unter „A. M.“ an die Re-  
aktion dieses Bl. erbeten

**Pokój**  
umeblowany, może  
być z całodziennym  
utrzymaniem, do wy-  
najęcia. Narutowicza  
Nr 47, m. 6

**Warum**  
**schlafen Sie**  
**auf Stroh?**

wenn Sie unter günstigsten  
Bedingungen, bei wöchentl.  
Abzahlung von 3 Złoty an,  
ohne **Bezahllistung**,  
wie bei **Vorzahlung**,  
**Matrachen** haben können.  
(Für alte Kunden und  
von Ihnen empfohlenen  
Ruhmen ohne **Zahlung**)  
Nicht Sofas, Schublade,  
Zapjans und Stühle  
bekommen Sie in feinster  
und solidester Ausführung  
Bitte zu besichtigen, ohne  
Kaufzwang!  
Denchten Sie genau  
die Adresse:  
**Tapezierer P. Weiß**

Stientiewicza 18  
Front, im Laden

**Sekretariat**  
der **Deutschen Abteilung**  
**Textilarbeiterverbandes**  
Betrizauer 109

erteilt täglich v. 9-1 Uhr u. v. 4-7 Uhr abends

## Auskünfte

in  
Bahn-, Urlaubs- und  
Arbeitschuhangele-  
genheiten  
Rechtsfragen und Ver-  
treitungen vor den zu-  
ständigen Gerichten  
durch Rechtsanwälte

Intervention im Arbeitsinspektorat und in den  
Betrieben erfolgt durch den Verbandssekretär

Die Fachkommission  
der Kellner, Scherer, Andreher und Schlichter  
empfängt Donnerstags und Sonnabends von  
von 8-7 Uhr abends in Fachangelegenheiten

Die hygienisch aufgellarte Frau  
trägt die  
**Menstruationsbinden**  
der A.Meyer-Werk Danzig, CAMELJA  
zu haben in den billigen Verkaufsstellen der Firma  
BLAWAT POLSKI, Zgierska 29, Limanowskiego 28

**Das Büchlein**  
**Die Haus-**  
**apotheke**  
mit Anweisungen und  
Erklärungen  
von Dr. Fischer-Delos  
Preis 90 Groschen  
erhältlich in der  
„Vollspresse“  
Betrizauer 109  
und kann auch beim  
Zeitungsaussträger be-  
stellt werden.



Kauft aus 1. Quelle  
Kinder-Wagen  
Metall-Betten  
Matratzen gepolstert  
und auf Federn "Patent"  
Wringmaschinen  
Fabrikatager  
„DOBROPOL“  
Betrizauer 73  
im Hofe

**Metro**  
Przejazd 2

Heute  
und folgende Tage:

**Adria**

Główna 1

**Josefine BAKER**  
tanzt und singt im Film  
**ZUZU**  
Als Programmangabe:  
**„BIRO-BIDZAN“** die jüdische Republik  
in U. S. S. R.

# Brandherd Memel

Der Reichstagswahlkreis Memel-Heydekrug war vor dem Kriege der östlichste Vorposten des Deutschen Reiches an der Grenze des zarischen Russland. Von den anderen ländlichen Kreisen der Provinz Ostpreußen unterschied er sich dadurch, daß er nicht konservativ wählte, sondern liberal. Den Wählern, die vom heimischen Holz und vom deutsch-russischen Transitgutverkehr lebten, waren rege Handelsbeziehungen wichtiger als hohe Getreidepreise. Reichlich fließender Brannwein tat das übrige, um den nationalliberalen Kandidaten, einem reichen jüdischen Bankier aus Berlin, den Weg zu ebnen. Abgesehen davon war Memel berühmt als die letzte Etappe der großen Schmuggelstraße, auf der die russischen Revolutionäre mit Hilfe deutscher Sozialdemokraten ihre Druckschriften, mitunter auch Waffen, nach Russland transportierten. Als Kriegsschauplatz im Anfang, später als Etappengebiet nahm das Memelland an den Ereignissen des Weltkrieges starke Anteil. Durch den Frieden von Versailles wurde es von Deutschland abgetrennt.

Die Art, in der diese Abtrennung geschah, war ein Meisterstück der Kunst, Wunden nicht nur zu schlagen, sondern sie stets offen zu halten und zum Eitern zu bringen. Das Schicksal des Landes, das zunächst unter französische Verwaltung gestellt wurde, blieb jahrelang ungeklärt. Es war eines der Objekte des Streits zwischen Polen und Litauen, freilich nicht das wichtigste. Polen nahm den Litauern Wilna, das sie als ihre Hauptstadt betrachteten. Memel wurde ihnen als Kompensation angeboten, sie lehnten ab. Aber als der Völkerbund daran ging, das umstrittene Gebiet unter seine Verwaltung zu stellen, bemächtigten sie sich seiner auf dem Wege des Putsches. Das geschah zur selben Zeit, da Poincaré an die Ruhr ging.

Die Botschafterkonferenz sandte sich mit der vollzogenen Tatsache ab, sie zwang aber den Eroberer des halbdeutschen Landes ein Statut der Autonomie auf. Von da ab war Litauen ein Zweimillionenstaat mit einem Anhängsel von 150 000 Einwohnern, das fast auf allen

**Teppiche, Läufer, Gardinen  
TEPPICH - MENCZEL** Katowice Rynek 2

Gebieten — von Militärwesen und Außenpolitik abgesehen — weitestgehende Selbstverwaltung besaß. Dass dieser Zustand eine Quelle dauernder Konflikte werden musste, war unschwer vorauszusehen.

Dennoch ging es den Deutschen in den ersten Jahren leidlich. Die Republik von Weimar stand zu Litauen ebenso gut wie sie schlecht zu Polen stand. Als später Deutschland Mitglied des Völkerbundes wurde, verbesserte sich die Lage der Deutschen wie in allen Nachbarländern auch in Litauen. Ein Streit um die Handhabung des Status, der von Deutschland 1931 vor das Haager Schiedsgericht gebracht wurde, konnte die traditionelle Atmosphäre der Leidenschaftslosigkeit nicht trüben. Erst als das Dritte Reich kam, drehten sich die Verhältnisse um: Polen wurde Freund und Litauen Feind.

Durch den Austritt aus dem Völkerbund hat Hitler ein wirkungsmäßiges Mittel, die Rechte der Auslandsdeutschen zu vertreten, preisgegeben. In Litauen, in Polen und anderwärts überall wäre die Lage der Auslandsdeutschen besser, wenn Deutschland noch im Völkerbund und ein Ansehen nicht durch die nationalsozialistischen Verbrechen ruiniert wäre. Die Hitlerregierung hat sich aber nicht darauf beschränkt, die Deutschen im Memelland zu schwächen, sie hat sich auch in einen ausweglosen Konflikt mit Litauen hineingehetzt. Sie hat sie keineswegs geschwächt, sondern zu den Zwecken ihrer verworrenen Außenpolitik missbraucht.

Die memelländischen Ereignisse, von der Weltöffentlichkeit weit weniger beachtet, sind ein Abbaukasten der österreichischen. Das kleine Land, das bei 150 000 Einwohnern etwa 70 000 Deutsche zählt, wurde mit nationalsozialistischen Organisationen durchsetzt, deren Leitung in Deutschland saß. Sturmbolzen nach dem Muster der deutschen SA wurden organisiert, und alles für einen Putsch, der das Memelland an Deutschland zurückbringen sollte, vorbereitet. Auch hier kam es unter den Nazis selbst zu den schärfsten Kämpfen mit gegenseitigen Denunziationen und Verratsbeschuldigungen, wobei wiederholt die reichsdeutschen Parteistellen eingriffen. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen wurde der dissentirende nationalsozialistische Führer Jesuitus von Nationalsozialisten anderer Richtung ermordet, kurz nachdem er in München bei Rudolf Hess, dem „Stellvertreter des Führers“ einen sehr ungäbigen Empfang gehabt hatte. Die reichsdeutsche Partei stellte sich offen auf die Seite der Mörder. Nachdem im März d. J. vier von ihnen in Kovno zum Tode verurteilt worden waren — sie wurden alsbald begnadigt — erhob sich in Deutschland, wie nach dem berühmten Mordfall in Potempa, ein nationalsozialistischer Sympathiesturm für die Verurteilten.

Alle diese Vorgänge entheben die litauische Regierung nicht der Pflicht, die Vorschriften des Memelstatuts genau zu befolgen, sie befreien den Völkerbund und die für die Entscheidung über Memel verantwortlichen Mächte nicht von der Aufgabe, die 70 000 Memeldeutschen in ihren garantierten Rechten zu schützen. Mit der gleichen Eindeutigkeit zeigen sie aber auch, daß die gegen-

wältige deutsche Regierung in keiner Weise zur Vertretung der Memeldeutschen legitimiert ist. Sie hat mit schändlicher Gewissenlosigkeit diese Leute in ihre bedrängte Lage hineingehezt, sie benutzt sie auch heute nur als bedauernswertes Werkzeug ihrer Sonderabsichten, die auf die Störung des Friedens im Osten gerichtet sind. Hinter der Entrüstungskomödie, die man jetzt über das Unglück der Memeldeutschen aufführt, stehen die Hitler-Rosenbergischen Pläne der antirussischen Expansion.

Wenn die Deutschen in Polen in der parlamentarischen Vertretung nicht zu ihrem Recht kommen und ihre Schulen geschlossen werden, röhrt sich in Deutschland keine Hand und kein Mund. Wenn die Südtiroler den Kontakt verlieren, um zur höheren Ehre des Liktorenbündels in Afrika zu sterben, bleibt alles stumm. Aber wenn in Memelland Wahlen vorbereitet werden, die an den reichsdeutschen gemessen, beinahe noch als Muster von Reinlichkeit erscheinen, dann können die Rotationsmasken nicht genug Druckerchwärze, die Lautsprecher nicht genug Töne hergeben, um die moralische Nichtswürdigkeit eines solchen Verhältnisses zu kennzeichnen.

Dass diese mit kaltschlägiger Überlegung ausgesandten Entrüstungswellen nicht ohne Wirkung auf jene Teile des deutschen Volkes bleiben, die hermetisch von allen anderen Einwirkungen abgesperrt sind, muß leider befürchtet werden — zumal auch in diesem Falle die propagandistische Gegenwirkung aus dem Ausland so gut wie

völlig ausbleibt. Wo ist die Regierung in Europa, die den Berliner Gewalthabern ins Gesicht sagt, daß sie den Mund zu halten haben, wo von Freiheit und Menschlichkeit die Rede ist! Man hat sich daran gewöhnt, daß die Vernichtung aller sittlichen Gezeuge in Deutschland das Landesübliche geworden ist. Aber daß dieselben Männer, die solche Verbrechen an der Menschheit auf dem Gewissen haben, Sonntagspredigten über Vertragstreue und unverjährbare Rechte halten, sollte nicht hingenommen werden ohne einen Protest, der bis nach Deutschland hinein hörbar ist. Wer erträgt die Hitlerregierung, die nach Meinungsfreiheit und ehrlichen Wahlen ruft? Millionen Marxisten, Juden, Katholiken und bekannte Freiheitstreuen protestanten in Deutschland würden Freudentränen vergießen, wenn durch ein ähnliches Statut wie das des Memellandes ihre Rechte und Freiheiten geschützt wären! Diese Deutschen in Deutschland können heute nur mit Neid auf die Deutschen im Ausland blicken.

Dass man den berechtigten Beschwerden der Deutschen im Memelland abhilft, ist das unbedingte Erfordernis einer gerechten und klugen Politik. Kommt man ihm nach, so hat man deshalb mehr das Recht und die Pflicht, den Henschlern im Berliner Propagandaministerium die Maske vom Gesicht zu reißen. Ihre Entrüstung ist heute genau so echt wie ihre Entrüstung von damals über die „sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront“, die den Reichstag angezündet haben sollte. Will man nicht, daß das, was mit dem Reichstagsbrand begann, mit einem Weltbrand endet, so muß man den Brandstiftern besser auf die Finger sehen.

Friedrich Stampfer.

## Aufruf zum Proteststreit in Oberschlesien

Uebergriff der Aktion auch auf das Dombrower Kohlenfeld

Auf den oberschlesischen Grubenanstalten werden heute Streikaufrufe der polnischen Hauptverbände, Klassenkampfgewerkschaften, Sanacijaorganisationen und Polnischen Berufsvereinigung verbreitet, die zum Proteststreit ab 30. September aufzordnen. In diesem Flugblatt, welches von allen drei Gewerkschaftsrichtungen unterzeichnet ist, wird nochmals auf die Forderungen der Arbeiter hingewiesen und die Schuld, daß zu dieser Maßnahme geritten werden mußte, den Arbeitgebern zugeschrieben, welche in provokatorischer Weise Führung von Verhandlungen abgelehnt haben. Die Polnische Berufsvereinigung hatte zwar zunächst einen Aufruf des Streiks um einige Monate erwartet, dies wurde aber von den Klassenkampfverbänden abgelehnt. Im Verlauf des Donnerstag und Freitag fanden verschiedene Belegschaftsversammlungen statt, in denen zum Streik Stellung genommen wurde, wobei überall die Streikparole der Gewerkschaften gutgeheizt wurde.

Auch das Gewerkschaftskartell der Angestellten, in welchem die Beamten und Angestellten derjenigen Organisationen zusammengefaßt sind, die politisch den Arbeitergewerkschaften gleichzuordnen sind, hat eine Sonderung abgehalten, in der zur Streikaufstellung der Arbeitergewerkschaft Stellung genommen wurde. Wie es heißt, wurde auch hier der einstimmige Beschuß gefasst, den Streik der Arbeiter zu unterstützen, sobald dies im Interesse der Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter erforderlich sein wird. Nach dieser Erklärung verspricht also der Streik am 30. September zu einem Großkampf

Im Schuhgeschäft  
**JULIUS ALEXANDER, Katowice,**  
ulica Mickiewicza 1 kaufen Sie am billigsten

auszuwählen, der wenigstens einmal die Solidarität der Hand- und Kopfarbeiter demonstrierten soll.

Der Streik, falls er am Montag, dem 30. September, ausbricht, soll auch auf das Dombrower Kohlenfeld übergreifen, wo in besonderen Konferenzen am 29. September Stellung zur Aktion genommen werden wird. Soweit hier die Stimmung aus einzelnen Belegschaften bekannt ist, dürfte sich auch hier die Arbeiterchaft für den Streik erklären.

Eine andere Frage ist, welche Stellung die Gewerkschaften außerhalb des Kartells der drei genannten Organisationen, so die „Christen“ polnischer Richtung, die an den Gesamtverhandlungen sich nur als „stille Teilnehmer“ betrachten und die Verantwortung für den Streikauftum ausschließlich den drei großen Verbänden überlassen. Es ist aber anzunehmen, daß die Arbeiter selbst der Parole der großen Organisationen folgen werden. Man sagt, daß in letzter Stunde noch die Regierung eingreifen will, was aber nur dann zur Hinwendung des Streiks führen könnte, wenn die Regierung einen bestimmten Termin für die Herabsetzung der Arbeitszeit festlegen wird.

Die Haltung der „Gewerkschaft deutscher Arbeiter“ in diesem Großkampf um die Arbeitszeitverkürzung ist unbekannt. Sie hatte zwar eine Konferenz in Gorzow, wo viel vom Volkstum, von dem zugewanderten Gewerkschaftsbürgern Janowski gesagt wurde, was er alles mit dem Arbeitsinspektor Klotz besprochen hat, aber eine Erklärung zur Aktion wurde nicht gegeben und auch nicht diskutiert. Dafür hat man seinen Schäfchen Bursch- und Biermarken verabreicht, wobei einer der Gewerkschafts-

bürgen noch Portionen zur Familienvorsorge nach Hanse mitnahm, und diese Freigiebigkeit erfolgte auf Kosten der Kollektive, die die verdammten Marxisten ausgespart haben. Die sogenannten deutschen Gewerkschaften stellen zwar in ihren Denkschriften Forderungen auf, die selbst ein Kommunist unterschreiben könnte, wo es sich aber um die Durchsetzung dieser Forderungen handelt, quälen sie von Vollstum und Schicksal, welches die hiesigen Arbeiter an Deutschland bindet, polnisches Brot und polnische Arbeit verschmähen sie aber nicht. Genau so, wie man sich in Deutschland von Errungenen „ernährt“, die die Marxisten durchsetzen, so macht man auch hier christliche Politik auf Kosten anderer Organisationen. Aber auch die deutschen Arbeiter werden zur Erkenntnis kommen und dann die Verräter ihrer Sache zum Teufel jagen, dessen sind wir gewiß.

Arbeiter laufe nur bei den Firmen, die durch Insolvenz

**D A Fabryka MEBLI S. Manne**  
Kaufmännische Fabrik  
KATOWICE, M. Piłsudskiego 11  
UND

**K A U F Preiswerte Schuhe**  
S T bei Emil Heitner KATOWICE  
D U Pocztowa 3  
H I L F S T  
G U T  
D E I N E R

**Władysław Długiiewicz**  
SKŁAD WIN i WÓDEK  
KATOWICE, Marjaka 15  
przy Hotelu Europejskim  
B E W E G U N G

Tischlerei- u. Sattlerbedarf  
**SCHWARZ i SKA**  
Eisenhandlung  
Katowice, Marjaka № 18  
B E W E G U N G

Elektrotechnische Lieferungen u. Installationen  
**SCHÜLLER & Co**  
Katowice, Poprzeczn 21  
B E W E G U N G

Druckjachen jeder Art  
**G. Perls**  
Katowice, Plac Wolności 3  
B E W E G U N G

„Aphrodite“  
Parfümerie und Kosmetik  
Katowice, Marjaka 19  
B E W E G U N G

eine Zeitung unterstützen.

## Noch viel zum „Kultur- u. Wirtschaftsbund“

Wie die „Gazeta Robotnicza“ mitteilt, soll der Staatsanwalt gegen den Stadtpräsidenten Grzesik, der inzwischen auch Marschall des Schlesischen Sejm geworden ist, ein Verfahren wegen Meneides eingeleitet haben. Es steht dies im Zusammenhang mit dem unruhlich bekannten „Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbund“, der angeblich von Grzesik und seinen Freunden begründet worden ist, um den „Volksbund“ zu erlegen. Heute wird diese Institution nicht mehr gebraucht, da ja die Jungdeutschen mit dem inzwischen zum Senator avancierten Landesführer Wiesner die Sache gegen den Volksbund weit besser besorgen und keine Ausgaben verursachen, lediglich eine „Unerkennung“ ihrer Loyalität durch maßgebende Kreise brauchen, die diesmal allerdings in Posen sitzen sollen. Der „Deutsche Kultur- und Wirtschaftsbund“ seligen Anhängers von Grzesiks Gnaden, der damals allerdings nur Bürgermeister in Bielschütte war, beschäftigte einige Beamten, von denen sich ein gewisser Brzozka aus Hohenlinde, der nur die Kleinigkeit von 1000 Zloty Gehalt bekam, als sich der „Kulturbund“ in Wohlgefallen nach dem Aufbruch der Nation auflöste, an Grzesik Forderungen zur Weiterzahlung des Gehalts stellte. Grzesik will nun nichts mit diesen Dingen zu tun haben und der Angeklagte Brzozka leitete daher ein Meinungsversfahren ein. Uebrigens sei noch nachzutragen, daß im dritten Schlesischen Sejm die Korfantyfraktion in dieser Sache an den Wojewoden eine Interpellation stellte, in der Auskunft über die Gelber gesordert wurde, die der „Kultur- und Wirtschaftsbund“ verbraucht hat. Damals schon wurde auf diesen Prozeß hingewiesen, doch kam keine Auflösung zur Sache selbst, weil ja inzwischen der dritte Schlesische Sejm zunächst vertagt und dann vor Ablauf seiner Legislaturperiode aufgelöst worden ist.

Es dürfte für die Steuerzahler immerhin von Interesse sein, Näheres über den Prozeß Brzozka gegen Grzesik zu erfahren und da die Sanatoriabgeoedneten sich immer den Behörden gern zur Verfügung stellen wollen, wird wohl durch die Immunität des Sejmumarschalls Grzesik der Prozeß selbst etwa keine Verzögerung erfahren?

## Kriegsangst behindert Konjunktur

„Wäre Hitler nicht ans Rudel gekommen,“ schreibt einer Lautamer „Finanzrevue“, „so hätten wir heute eine internationale Hochkonjunktur, denn es ist nicht gut anzunehmen, daß Japans Vordringen in Nordchina und Italiens Ansprüche in Abessinien die europäischen Kapitalisten in dem Maße beunruhigt hätten, wie die Gefahr eines deutschen Revanchakrieges zur „Korrektur“ des weltgeschichtlichen Großurteils von 1918. Diese begründete oder eingebildete Kriegsangst der europäischen Kapitalisten hat bewirkt, daß die Mehrproduktion an Gold aus den Jahren 1933 und 1934 nicht in Kaufkraft verwandelt wurde, sondern durch Sammierung sterilisiert worden ist. Aus Kriegsangst haben die europäischen Kapitalisten die Kriegsgefahr vermehrt, sie stürzen sich ins Wasser, um nicht vom Regen nass zu werden.“

# „Im Namen des deutschen Volkes“

## Wie das Nazi-Regime seine Rachejustiz ausübt

Das nationalsozialistische Regime in Deutschland hat ein sogenanntes „Volksgericht“ eingesetzt, durch das „im Namen des deutschen Volkes“ Rachejustiz gegen die Gegner des Regimes ausgeübt wird.

In diesem „Volksgericht“ gibt es keine Kläger und keine Angeklagten, sondern nur politische Gegner, Sieger und Besiegte. Die Richter sind hier Partei in des Wortes vollster Bedeutung. Zwar trägt der Senatsvorsitzende und einer der vier Beisitzer die richterliche Robe, aber bei den andern verläßt schon die Uniform, worum es geht. Ein SS-Brigadeführer sitzt neben einem Standartenführer der SA und vielleicht ist der Dritte im Bunde, ein Reichswehroffizier, für die Angeklagten noch der einzige bescheidene Lichtblick. Warum dieses Gericht gerade „Volksgericht“ genannt wurde, das wird ein Rätsel bleiben, seine Zusammenziehung steht zum „Volk“ in einem gegenseitigen Verhältnis; auch im Zuhörerraum steht kein Volk, sondern meist nur Herren von der Geheimen Staatspolizei, vielleicht glaubt man an die Täuschung, daß hier zwar ohne das Volk, aber in seinem Namen gehandelt wird, daß, wie die neudeutsche Rechtsprache es ausdrückt, die gefallenen Urteile im Sinne des „gefundenen Volksempfindens“ liegen. Dann aber bleibt zu ergründen, warum man alles das, was das Volksgericht betrifft, mit dem Scheiter der Verschwiegenheit bedekt. Auf der einen Seite besteht die Befürchtung, daß die von den Angeklagten während des Prozesses vertretenen sozialdemokratischen, kommunistischen oder national-revolutionären Gedankengänge in den Reihen der Zuhörer Fuß fassen oder sie noch mehr bestärken, andererseits müssen die Zuhörer, soweit sie nicht als parteitreue Nationalsozialisten bekannt sind, damit rechnen, daß ihre bloße Anwesenheit als Sympathie- und Solidaritätsbezeugung mit den „politischen Verbündeten“ gewertet werden könnte. Jeder Angeklagte hat zwar Unrecht auf einen Zuhörer aus dem Kreise seiner engsten Familienangehörigen, aber oft wird auch dieses Zugeständnis nicht ausgenutzt. Selbst die Pressebank im Volksgericht ist fast regelmäßig leer, die reichsdeutschen Schriftsteller dürfen ohnehin nur die Berichte der Justizpresse benutzen und die ausländischen Korrespondenten scheuen die unständliche Prozedur der Kartenschaffung. In jedem bedeutenden Prozeß wird übrigens noch „wegen Gefährdung der Staatssicherheit“ die schon stark beschränkte Pressefreiheit ausgeschlossen.

Obwohl die Volksgerichtssenate eine durch keine Richterinnen unterbrochene sieberhafte Tätigkeit entfalten und obwohl sie einen Teil der Hochverratsverfahren an die Kammergerichte abtreten, kommen sie nicht von der Stelle und arbeiten noch immer Fälle aus den ersten Monaten nach der „nationalen Erhebung“ auf. Die jetzt vor Gericht erscheinenden Angeklagten haben somit nicht selten über zwei Jahre in Schutz- und Untersuchungshaft gesessen. Die lange Haft hat sie zwar physisch, aber nur in wenigen Fällen seelisch zerstört. Stumm warten sie auf den Eingang der Richter, ihr Gesichtsausdruck hat etwas Feindseliges, manchmal umspielt ein ironisches Lächeln ihre Lippen und bald beweisen sie durch ihre Aussagen, daß sie trotz der Gefangenheit nicht umgestimmt werden konnten. Mitunter werden sie vom Vorsitzenden auf die Widersprüche zwischen ihren Aussagen vor der Polizei und denen vor Gericht aufmerksam gemacht, dann packen sie aus und erzählen von Drohungen und Tätschkeiten, denen sie ausgeetzt waren. Der Richter ist dann bemüht, so rasch wie möglich über dieses unerquickliche Thema hinwegzukommen.

Hast würde man vergessen, daß es beim Volksgericht auch Verteidiger gibt, sie sind in der Regel zu einer wenig rühmlichen, passiven Rolle verurteilt, die meisten von ihnen treten nur beim Plädoyer in Erscheinung. Die Verteidigung, welche vorwiegend in den Händen von Offizialverteidigern liegt, wird sehr wenig gründlich vorbereitet, die Anwälte lernen ihre Mandanten mitunter erst eine Viertelstunde vor Verhandlungsbeginn kennen und schöpfen die Kenntnis des Falles ausschließlich aus der Anklageschrift. Die Offizialverteidiger sind erprobte Nationalsozialisten, denn das Reichsjustizministerium legt besonderen Wert darauf, daß die Verteidigung vor dem Volksgericht in den Händen zuverlässiger Leute liegt. Der nationalsozialistische Juristenbund hat jedoch seine Mitglieder angewiesen, daß sie nur als Offizialverteidiger fungieren sollen, freiwillig hingegen niemals ein Mandat zur Vertretung staatsfeindlicher Elemente übernehmen dürfen. Für den Nichtnationalsozialisten ist die Übernahme der Verteidigung eine ganz ungefährliche Sache, es sei nur daran erinnert, daß ein Anwalt vor noch nicht allzu langer Zeit in Schutzhaft genommen wurde, weil er zwar nicht vor dem Volksgericht, aber vor dem Hanburger Kammergericht in seinem Plädoyer erklärte, der seinem kommunistischen Mandanten zur Last gelegte Liebhaber auf eine SA-Abteilung sei nichts weiter als ein Drinngengenstreit gewesen.

Der Herr des Verfahrens ist der Staatsanwalt, seine Aussicht zeigt sich schließlich durch, die Strafen werden haargenau nach seinen Vorschlägen verhängt. Er, der oft im Besitz des goldenen Parteizeichen ist, steht im gleichen innigen Verhältnis zur NSDAP, wie die Herren mit den silbernen und goldenen Eichenblätter am Richtertisch.

Ein Parteigericht konnte dadurch nicht populärer werden, daß es sich „Volksgericht“ nannte. Das Volk weiß nichts von dem, was in dem stillen Hause am Tiergarten vorgeht. Über den Verlauf der Verhandlungen erfährt es so gut wie nichts und von deren Ergebnis wird es nur gelegentlich in Kenntnis gesetzt, aber die stereotype Formel, die jedes Zuchthaus- und jedes Todesurteil einleitet, lautet dennoch: „Im Namen des deutschen Volkes!“

## „Rohlenhof“

Kohlenverkaufsgesellschaft m. b. H.  
BIELSKO, Kazimierza wielk. 29, Tel. 2697



empfiehlt zur Deckung des Winterbedarfes sein reichsortiertes Lager der billigsten bis zu den hochwertigsten Kohlenmarken. Außerdem

erstklassigen oberschlesischen Hüttenkoks in allen Sortimenten und auch  
Brietts und Holz

Befuellungen werden pünktlich und in Bezug auf Qualität sowie Gewicht zuverlässig erledigt



Größe Auswahl in  
Herren- und Damen-Stoffen  
für die neue  
Herbst- und Winteraison 1935/36

Ständiger Eingang von neuesten  
original englischen Cheviotstoffen

Andreas Steffek  
Herrenschneider  
BIELSKO, Cieszyńska 18 (Krumme Brücke)  
lieferbar:  
Herregarderobe bei modernster und  
sollidester Ausführung  
zu billigen Preisen.

RÄSIEFE-MARKE  
**ETA** IN  
WÜRFELN UND  
STANGEN  
VON FACHLEUTEN BEVORZUGT

Druedlachan

ein- und mehrfarbig  
moderne Ausführung  
schnell und preiswert

Druederei R. DUDZIAK  
BIELSKO, Krasinskiego 5

## RUDOLF NIEMIETZ

Herren- und Damenschneider

Bielsko, Blichowa 18

lieferbar:

Herren- und Damen-  
Garderobe bei moderatem Schnitt  
und tollidester Ausführung  
zu billigen Preisen

Spezial-Krawatten-  
Laden

der Krawattenfabrik Bielsko-Schloßbazar  
bei der Post

Einzelverkauf

Fabrikspreise

„Gilegia = Kohle“

la Qualität sowie la oberschlesischen

Koks und Brietts

lieferbar für die Winteraison zu billigen Preisen

Spółka Węglowa „SILAM“

STARE BIELSKO, Tel. 1435



